Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) der Henning Elektrotechnik GmbH, nachfolgend „Auftragnehmer“ genannt

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

(1) Die vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) sind maßgebliche Vertragsgrundlage für alle zwischen dem Auftragnehmer und dem Besteller/Käufer/Kunden (im Folgenden: „Auftraggeber“ genannt) abgeschlossenen Verträge über die Lieferung von Waren oder Ausführung von Leistungen jeglicher Art.

Die AGB gelten nur, wenn der Kunde Verbraucher (§ 13 BGB) ist.

(2) Zusätzlich zu diesen AGB gelten für Arbeiten an Bauwerken (Bauleistungen) die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil B (VOB/B) in der zur Zeit des Vertragsschlusses gültigen Fassung.

(3) Der Abschnitt B dieser AGB enthält ergänzende Bestimmungen für Verträge über Reparaturarbeiten.

(4) Der Abschnitt C dieser AGB enthält ergänzende Bestimmungen über den Verkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“), ohne Rücksicht darauf, ob der Auftragnehmer die Ware selbst herstellt oder bei Zulieferern einkauft.

(5) Sofern nichts anderes vereinbart ist, gelten die AGB in der zum Zeitpunkt der Beauftragung bzw. Bestellung durch den Auftraggeber gültigen Fassung.

§ 2 Vertragsschluss

(1) Die Angebote des Auftragnehmers sind freibleibend, sofern sie nicht ausdrücklich als rechtlich verbindlich gekennzeichnet sind oder ausdrücklich eine bestimmte Annahmefrist enthalten, in der der Auftraggeber das verbindliche Angebot des Auftragnehmers annehmen kann. Dies gilt auch, wenn der Auftragnehmer dem Auftraggeber Kataloge, technische Dokumentationen (z. B. Zeichnungen, Pläne, Berechnungen, Kalkulationen, Verweisungen auf die DIN-Normen), sonstige Produktbeschreibungen oder Unterlagen – auch in elektronischer Form – überlassen hat.

(2) Kostenvoranschläge, Beschreibungen, Kalkulationen, Zeichnungen, Pläne und sonstige Unterlagen (im Folgenden insgesamt: „Unterlagen“), die auch zum Angebot gehören, verbleiben im Eigentum des Auftragnehmers. Der Auftraggeber darf diese nicht ohne schriftliche Einwilligung des Auftragnehmers an Dritte weitergeben oder vervielfältigen. Die Unterlagen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Auftragnehmers Dritten zugänglich gemacht werden und sind, wenn der Auftrag dem Auftragnehmer nicht erteilt wird, auf Verlangen unverzüglich an den Auftragnehmer zurückzugeben, wobei etwaige Kosten der Übersendung der Auftraggeber zu zahlen hat.

(3) Der Auftragnehmer gibt grundsätzlich keine Beschaffenheits- und Haltbarkeitsgarantie für Waren sowie für Angaben, Beschreibungen oder Zeichnungen in Preislisten, Katalogen oder Drucksachen ab.

Garantien bestehen nur, wenn Auftragnehmer und Auftraggeber diese ausdrücklich schriftlich vereinbart haben.

(4) Die Bestellung der Ware gilt als verbindliches Vertragsangebot. Sofern sich aus der Bestellung nichts anderes ergibt, ist der Auftragnehmer berechtigt, dieses Vertragsangebot innerhalb angemessener Zeit nach dessen Zugang beim Auftragnehmer anzunehmen.

§ 3 Preise Zahlungsbedingungen

(1) Sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist, gelten die jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses aktuellen Preise des Auftragnehmers zuzüglich Umsatzsteuer in der jeweils gesetzlich festgelegten Höhe.

(2) Alle Preise gelten nur bei vollständiger Bestellung der angebotenen Ware und bei ununterbrochener Montage mit anschließender Inbetriebnahme. In den Preisen sind die Verpackungskosten und die gesetzliche Umsatzsteuer enthalten; Liefer- und Versandkosten sind in den Preisen jedoch nur enthalten, wenn hierüber eine gesonderte Vereinbarung getroffen worden ist.

(3) Sofern der Auftragnehmer mit dem Auftraggeber nicht schriftlich etwas anderes vereinbart hat, ist der vom Auftraggeber geschuldete Preis ohne Abzug binnen 14 Tagen zu zahlen, nach Zugang der Rechnung beim Auftraggeber und Lieferung der Ware.

(4) Gerät der Auftraggeber mit der Zahlung in Verzug, so ist der Auftragnehmer berechtigt, ab diesem Zeitpunkt Zinsen in Höhe von 5 % über dem jeweiligen Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank (EZB) zu verlangen. Der Auftragnehmer behält sich auf Nachweis die Geltendmachung eines höheren Schadens vor.

§ 4 Aufrechnung; Zurückbehaltungsrecht

(1) Dem Auftraggeber stehen Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrechte nur insoweit zu, als sein Anspruch rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder vom Auftragnehmer anerkannt ist. Zur Aufrechnung ist der Auftraggeber auch berechtigt, wenn Mängelrügen oder Gegenansprüche aus demselben Vertrag geltend gemacht werden. Der Auftraggeber darf sein Zurückbehaltungsrecht nur dann ausüben, wenn sein Gegenanspruch auf demselben Vertrag beruht.

§ 5 Haftungsbegrenzung

(1) Soweit sich aus diesen AGB nichts anderes ergibt, haftet der Auftragnehmer auf Schadensersatz bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Bei einfacher Fahrlässigkeit haftet der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften nur

- a) für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit,
- b) für Schäden aus der nicht unerheblichen Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Verpflichtung, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut und vertrauen darf); in diesem Fall ist die Haftung auf den Ersatz des vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schadens begrenzt.

(2) Die sich aus vorstehendem Absatz ergebende Haftungsbeschränkungen gelten auch bei Pflichtverletzungen durch bzw. zugunsten von Personen, deren Verschulden der Auftragnehmer nach gesetzlichen Vorschriften zu vertreten hat (z.B. Erfüllungsgehilfen).

(3) Für Schäden an einer vorzeitig in Betrieb genommenen Anlage, die ihre Ursache in fehlenden oder unzureichenden Schutzmaßnahmen durch den Auftraggeber haben, haftet der Auftragnehmer nicht.

(4) Soweit der Anwendungsbereich des Produkthaftungsgesetzes eröffnet ist, haftet der Auftragnehmer uneingeschränkt nach dessen Vorschriften.

(5) Der Auftragnehmer haftet auch im Rahmen einer Beschaffenheits- und/oder Haltbarkeitsgarantie, sofern er eine solche bezüglich der gelieferten Ware ausdrücklich abgegeben hat. Treten Schäden ein, die zwar darauf beruhen, dass die von ihm garantierte Beschaffenheit oder Haltbarkeit fehlt, und treten diese Schäden jedoch nicht unmittelbar an der von ihm gelieferten Ware ein, so haften der Auftragnehmer hierfür nur dann, wenn das Risiko eines solchen Schadens ersichtlich von der Beschaffenheits- und Haltbarkeitsgarantie des Auftragnehmers umfasst ist.

§ 6 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt.

§ 7 Anzuwendendes Recht

Für diese AGB und die Vertragsbeziehung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechtes. Die Bestimmungen des UN-Kaufrechtes finden keine Anwendung.

B. Besondere Bestimmungen für Reparaturarbeiten

§ 8 Frist zur Durchführung der Reparatur

(1) Verbindliche Ausführungsfristen sind schriftlich festzulegen. Ist die Verbindlichkeit nicht ausdrücklich vereinbart, so sind schriftlich festgelegte Termine im Zweifel unverbindlich.

(2) Werden nachträglich wirksam Vertragsänderungen vereinbart, so entfallen damit zugleich alle früher vereinbarten Ausführungsfristen.

(3) Wird ein unverbindlicher Ausführungstermin überschritten, kommt der Auftragnehmer nur dann in Verzug, wenn der Auftraggeber dem Auftragnehmer zur Leistung binnen angemessener Frist- mindestens zwei Wochen ab Zugang der Aufforderung- schriftlich- dazu aufgefordert hat und auch dieser Termin überschritten wird.

(4) Für Leistungsverzögerungen aufgrund höherer Gewalt, wie Naturkatastrophen, extreme Wetterbedingungen, Streiks o.ä., aber auch Änderungen/Fehlen von für die Auftragsdurchführung erforderlichen

Unterlagen (z.B. Baugenehmigung etc.) hat der Auftragnehmer nicht einzustehen. In einem solchen Fall ist der Auftragnehmer berechtigt, durch Mitteilung an den Auftraggeber den Zeitpunkt der Leistung um die Dauer der Behinderung sowie einer anschließenden angemessenen Nachfrist herauszuschieben oder nach Wahl des Auftragnehmers wegen des noch nicht erfüllten Teils der Leistung vom Vertrag zurückzutreten.

§ 9 Abnahme und Gefahrübergang

(1) Der Auftragnehmer trägt die Gefahr bis zur Abnahme des Werks. Wird jedoch das Werk vor der Abnahme durch höhere Gewalt oder andere unabwendbare, vom Auftragnehmer nicht zu vertretende Umstände beschädigt oder zerstört, so hat der Auftragnehmer Anspruch auf Bezahlung der bisher ausgeführten Arbeiten sowie der sonstigen entstandenen Kosten.

(2) Gerät der Auftraggeber mit der Abnahme in Verzug, so geht die Gefahr im Verzugszeitpunkt auf ihn über. Das gleiche gilt, wenn die Montage aus Gründen, die der Auftraggeber zu vertreten hat, unterbrochen wird und wenn der Auftragnehmer die bis dahin erbrachten Leistungen einvernehmlich in die Obhut des Auftraggebers gegeben hat.

(3) Das Werk ist nach Fertigstellung der Leistung von dem Auftraggeber unverzüglich abzunehmen, auch wenn die endgültige Inbetriebsetzung noch nicht erfolgt ist.

§ 10 Subunternehmer

Hat sich der Auftragnehmer nicht im Einzelfall schriftlich verpflichtet, die Reparatur persönlich zu erbringen, steht ihm die Beauftragung von Subunternehmern zur Leistungserbringung frei.

§ 11 Gewährleistung

(1) Teile oder Leistungen, welche mit einem Sachmangel behaftet sind, wird der Auftragnehmer nach seiner Wahl unentgeltlich nachbessern, soweit die Ursache des Mangels bereits zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorlag.

(2) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer zur Nachbesserung eine angemessene Frist zu gewähren.

(3) Bei erfolgloser Nachbesserung stehen dem Auftraggeber seine gesetzlichen Gewährleistungsrechte zu.

(4) Ansprüche auf Gewährleistung verjähren in 12 Monaten ab gesetzlichem Verjährungsbeginn.

(5) Mängel sind schriftlich unverzüglich nach Erkennbarkeit für den Kunden mitzuteilen und zu bezeichnen.

(6) Der Auftraggeber darf bei Mängelansprüchen Zahlungen zurückbehalten, soweit sie in einem angemessenen Verhältnis stehen zum Umfang der Sachmängel. Hingegen hat der Auftraggeber kein Zurückbehaltungsrecht, soweit die Mängelansprüche verjährt sind. Bei unberechtigten Mängelrügen ist der Auftragnehmer berechtigt, die ihm hierdurch entstandenen Aufwendungen vom Auftraggeber ersetzt zu verlangen.

§ 12 Vergütung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt, dem Auftraggeber bei Nichtdurchführung des Auftrags den entstandenen Aufwand in Rechnung zu stellen, sofern es sich nicht um einen Gewährleistungsfall handelt, soweit

- (a) der beanstandete Fehler unter Beachtung der Regeln der Technik nicht festgestellt werden konnte;
- (b) der Auftraggeber den vereinbarten Termin schuldhaft versäumt;
- (c) der Auftrag während der Durchführung zurückgezogen wurde;
- (d) die Empfangsbedingungen bei Nutzung entsprechender Produkte aus dem Bereich Unterhaltselektronik nicht einwandfrei gegeben sind.

(2) Soweit im Rahmen von Reparaturaufträgen Leistungen nicht vom Auftragsumfang umfasst sind oder von der Leistungsbeschreibung abweichen, kann der Auftraggeber ein Nachtragsangebot anfordern oder ein Nachtragsangebot vom Auftragnehmer abgegeben werden. Soweit dies nicht geschieht, werden diese Leistungen nach Aufmaß und Zeit berechnet.

(3) Der Auftragnehmer ist berechtigt, je nach Fortschritt der beauftragten Arbeiten Abschlagszahlungen in Höhe von 90 % des jeweiligen Wertes der geleisteten Arbeiten anzufordern bei Aufträgen, deren Ausführungen über einen Monat andauern. Der Auftraggeber hat diese innerhalb von zehn Tagen nach Anforderung durch das Unternehmen zu leisten.

(4) Stundenlohnarbeiten werden dem Auftraggeber gesondert berechnet.

§ 13 Eigentumsvorbehalt

(1) Soweit im Rahmen der Reparaturarbeiten Ersatzteile eingefügt werden oder andere nicht wesentliche Bestandteile, behält sich der Auftragnehmer das Eigentum an diesen Teilen bis zur Erfüllung aller Forderungen gegen den Auftraggeber aus diesem Vertrag vor.

(2) Kommt der Auftraggeber in Zahlungsverzug oder seinen Verpflichtungen aus dem Eigentumsvorbehalt nicht nach und hat der Auftragnehmer deshalb den Rücktritt vom Vertrag erklärt, kann er den Gegenstand zum Zweck des Ausbaus der eigenfügigen Teile herausverlangen. Sämtliche Kosten des Zurückverlangens und des Ausbaus trägt der Auftraggeber. Soweit die Reparatur beim Auftraggeber erfolgt, hat dieser dem Auftragnehmer die Gelegenheit zu geben, bei ihm den Ausbau vorzunehmen. Arbeits- und Wegekosten gehen zu Lasten des Auftraggebers.

§ 14 Pfandrecht

(1) Dem Auftragnehmer steht wegen seiner Forderung aus dem Auftrag ein Pfandrecht an dem aufgrund des Auftrags in seinen Besitz gelangten Gegenstand des Auftraggebers zu.

(2) Das Pfandrecht kann auch wegen Forderungen aus früher durchgeführten Arbeiten, Ersatzteillieferungen und sonstigen Leistungen geltend gemacht werden, soweit sie mit dem Gegenstand im Zusammenhang stehen. Für sonstige Ansprüche aus der Geschäftsverbindung gilt das

Pfandrecht nur, soweit diese unbestritten oder rechtskräftig sind.

(3) Holt der Auftraggeber den Gegenstand nicht innerhalb von vier Wochen nach Abholaufforderung ab, kann der Auftragnehmer ein angemessenes Lagergeld berechnen. Holt der Auftraggeber den Gegenstand nicht spätestens drei Monate nach der Abholaufforderung ab, entfällt die Verpflichtung zur weiteren Aufbewahrung und jede Haftung für leicht fahrlässige Beschädigung oder Untergang der Sache. Einen Monat vor Ablauf dieser Frist sendet der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine Verkaufsandrohung zu. Der Auftragnehmer ist berechtigt, den Gegenstand nach Ablauf dieser Frist zur Deckung eigener Forderungen zum Verkehrswert zu veräußern. Einen etwaigen Mehrerlös wird dem Auftraggeber ausgekehrt.

C. Besondere Bestimmungen für den Verkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“)

§ 15 Lieferfristen und Lieferverzug

(1) Die Liefertermine oder Lieferfristen sind ausschließlich unverbindliche Angaben, es sei denn, diese sind zwischen dem Auftragnehmer und Auftraggeber ausdrücklich als verbindlich vereinbart worden.

(2) Vier Wochen nach Überschreitung eines unverbindlichen Liefertermins oder einer unverbindlichen Lieferfrist kann der Auftraggeber den Auftragnehmer schriftlich auffordern, binnen angemessener Frist zu liefern. Falls der Auftragnehmer einen ausdrücklich als verbindlich vereinbarten Liefertermin oder eine ausdrücklich als verbindlich vereinbarte Lieferfrist schuldhaft nicht einhalten kann oder aus einem anderen Grund in Verzug gerät, so muss der Auftraggeber den Auftragnehmer eine angemessene Nachfrist zur Bewirkung der Leistung setzen, die in keinem Fall zwei Wochen unterschreiten darf. Wenn der Auftragnehmer diese Nachfrist fruchtlos verstreichen lässt, ist der Auftraggeber berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten.

(3) Vorbehaltlich der Einschränkungen nach § 5 haftet der Auftragnehmer dem Auftraggeber gegenüber im Übrigen nach den gesetzlichen Bestimmungen, wenn es sich bei dem Vertrag um ein Fixgeschäft handelt, oder der Auftraggeber infolge eines Lieferverzugs, den der Auftragnehmer zu vertreten hat, berechtigt ist, sich auf den Fortfall seines Interesses an der Vertragserfüllung zu berufen.

(4) Der Auftragnehmer ist zu Teillieferungen und Teilleistungen jederzeit berechtigt, sofern dem Auftraggeber dies zumutbar ist.

§ 16 Lieferung, Gefahrübergang, Abnahme, Annahmeverzug

(1) Die Lieferung erfolgt ab Lager, wo auch der Erfüllungsort für Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung ist. Auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers wird die Ware an einen anderen Bestimmungsort versandt (Versendungskauf). Soweit nicht etwas anderes vereinbart ist, ist der Auftragnehmer berechtigt, die Art der

Versendung (insbesondere Transportunternehmen, Versandweg, Verpackung) selbst zu bestimmen.

(2) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Ware, geht spätestens mit der Übergabe auf den Auftraggeber über. Beim Versendungskauf geht jedoch die Gefahr des zufälligen Unterganges und der zufälligen Verschlechterung der Ware sowie die Verzögerungsgefahr bereits mit Auslieferung der Ware an den Spediteur, den Frachtführer oder der sonst zur Ausführung der Versendung bestimmten Person oder Anstalt über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten für eine vereinbarte Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechtes entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn der Auftraggeber im Verzug der Annahme ist.

(3) Kommt der Auftraggeber in Annahmeverzug, unterlässt er eine Mitwirkungshandlung oder verzögert sich die Lieferung des Auftragnehmers aus anderen, vom Auftraggeber zu vertretenden Gründen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, Ersatz des hierauf entstehenden Schadens einschließlich Mehraufwendungen (z. B. Lagerkosten) zu verlangen.

§ 17 Eigentumsvorbehalt

(1) Der Auftragnehmer behält sich das Eigentum an der gelieferten Ware bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises für diese Ware vor. Während des Bestehens des Eigentumsvorbehalts darf der Auftraggeber die Ware (nachfolgend: „Vorbehaltsware“) nicht veräußern oder sonst über das Eigentum hieran verfügen.

(2) Bei Zugriffen Dritter – insbesondere durch Gerichtsvollzieher – auf die Vorbehaltsware wird der Auftraggeber auf das Eigentum des Auftragnehmers hinweisen und dem Auftragnehmer unverzüglich benachrichtigen, damit dieser seine Eigentumsrechte durchsetzen können.

(3) Bei vertragswidrigem Verhalten des Auftraggebers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Auftragnehmer berechtigt, die Vorbehaltsware heraus zu verlangen, sofern der Auftragnehmer vom Vertrag zurückgetreten ist.

§ 18 Mängelansprüche des Auftraggebers

(1) Soweit die gelieferte Ware nicht den

- a) subjektiven Anforderungen entspricht, d. h. nicht die zwischen dem Auftraggeber und Auftragnehmer vereinbarte Beschaffenheit hat oder sich nicht für die nach dem Vertrag vorausgesetzte Verwendung eignet oder nicht mit dem vereinbarten Zubehör und den vereinbarten Anleitungen, wie z. B. Montage- und Installationsanleitungen, übergeben wird,
- b) objektiven Anforderungen entspricht, d. h. sich nicht für die gewöhnliche Verwendung eignet, oder nicht eine Beschaffenheit aufweist, die bei Sachen derselben Art üblich ist oder die der Auftraggeber erwarten kann unter Berücksichtigung der Art der Sache und/oder der öffentlichen Äußerungen, die vom Auftragnehmer oder einem anderen Glied der Vertragskette oder in deren Auftrag, insbesondere in

der Werbung oder auf dem Etikett, abgegeben wurden, oder nicht der Beschaffenheit einer Probe oder eines Musters entspricht, die oder das der Auftragnehmer dem Auftraggeber vor Vertragsschluss zur Verfügung gestellt hat, oder nicht mit dem Zubehör einschließlich der Verpackung, der Montage- oder Installationsanleitung sowie anderen Anleitungen übergeben wird, deren Erhalt der Auftraggeber erwarten kann, oder

- c) Montageanforderungen entspricht (sofern eine Montage durchzuführen ist),

so ist der Auftragnehmer zur Nacherfüllung verpflichtet.

(2) In den Prospekten des Auftragnehmers, Anzeigen und sonstigen Angebotsunterlagen enthaltene Abbildungen oder Zeichnungen sind nur annähernd maßgebend, soweit die darin enthaltenen Angaben nicht vom Auftragnehmer ausdrücklich als verbindlich bezeichnet worden ist; insoweit stellen Abweichungen der gelieferten Ware auch keinen Mangel der objektiven Anforderungen der Ware im Sinne des vorstehenden Absatzes dar. Gleiches gilt, wenn der Auftragnehmer mit dem Auftraggeber ausdrücklich und gesondert eine Abweichung von den objektiven Anforderungen an die Ware vereinbart haben.

(3) Die Nacherfüllungspflicht trifft den Auftragnehmer nicht, wenn dieser aufgrund der gesetzlichen Regelung zur Verweigerung der Nacherfüllung berechtigt ist.

(4) Die Nacherfüllung erfolgt nach der Wahl des Auftraggebers durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder Lieferung neuer Ware (Nachlieferung). Dabei muss der Auftraggeber dem Auftragnehmer die Ware zum Zwecke der Nacherfüllung zur Verfügung stellen. Ferner muss der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine angemessene Frist zur Nacherfüllung gewähren. Der Auftraggeber ist während der Nacherfüllung nicht berechtigt, den Preis herabzusetzen oder vom Vertrag zurückzutreten. Hat der Auftragnehmer die Nachbesserung zweimal vergeblich versucht, so gilt diese als fehlgeschlagen. Wenn die Nacherfüllung fehlgeschlagen ist, ist der Auftraggeber nach seiner Wahl berechtigt, den Preis herabzusetzen oder vom Vertrag zurückzutreten.

(5) Der Auftraggeber kann Schadensersatzansprüche wegen eines Mangels erst dann geltend machen, wenn die Nacherfüllung fehlgeschlagen ist. Unberührt bleibt sein Recht, weitergehende Schadensersatzansprüche unter Beachtung der in diesen AGB festgelegten Grundsätzen geltend zu machen.

§ 19 Verjährung

(1) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Ansprüche aus Sach- und Rechtsmängeln ein Jahr ab Ablieferung. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme.

(2) Handelt es sich bei der Ware um ein Bauwerk oder eine Sache, die entsprechend ihrer üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet worden ist und dessen Mangelhaftigkeit verursacht hat (Baustoff), beträgt die Verjährungsfrist gem. der gesetzlichen Regelung fünf Jahre ab Ablieferung (§ 438 Abs. 1 Nr. 2

BGB). Unberührt bleiben auch weitere gesetzliche Sonderregelungen zur Verjährung (insbes. § 438 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3, §§ 444, 445b BGB).

(3) Die vorstehenden Verjährungsfristen des Kaufrechts gelten auch für vertragliche und außervertragliche Schadensersatzansprüche des Auftraggebers, die auf einem Mangel der Ware beruhen, es sei denn die Anwendung der regelmäßigen gesetzlichen Verjährung (§§ 195, 199 BGB) würde im Einzelfall zu einer kürzeren Verjährung führen. Schadensersatzansprüche des Auftraggebers gem. § 4 Abs. 2 Satz 1 und Satz 2(a) sowie nach dem Produkthaftungsgesetz verjähren jedoch ausschließlich nach den gesetzlichen Verjährungsfristen.